

Neue Atomlager für Abriss der Versuchsreaktoren

Bundesunternehmen WAK kündigt intensiven Bürgerdialog an / BUND sieht Schritt in richtige Richtung

Von unserem Redaktionsmitglied
Rainer Haendle

EGGENSTEIN-LEOPOLDSHAFEN. Bei der Planung zweier Atomlager nördlich von Karlsruhe verspricht das zuständige Bundesunternehmen eine intensive Bürgerbeteiligung, obwohl es wahrscheinlich nicht zu einer förmlichen Umweltverträglichkeitsprüfung kommen wird. „Wir suchen den Dialog mit allen Beteiligten“, sagt Peter Schira von der WAK Rückbau und Entsorgungs-GmbH, die für 60 Millionen Euro die Zwischenlagerkapazitäten auf dem Campus Nord des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT) kräftig aufstocken will. Das Projekt ist zwingend notwendig, weil andernfalls der Abriss der alten Atomruinen auf dem Gelände des ehemaligen Kernforschungszentrums ins Stocken geraten würde. Die Umweltschützer vom BUND wollen sich noch nicht festlegen, ob sie gegen das Vorhaben klagen. Sie begrüßen jedoch die offene Informationspolitik.

Seit heute sind die Pläne für den Neubau der Hallen für schwach- und mittelradioaktive Abfälle bei den Gemeinden Eggenstein-Leopoldshafen und Linkenheim-Hochstetten sowie im Internet (wak-gmbh.de/wak/lagererweiterungen) einsehbar. Zudem gibt es Mitte November eine Informationsveranstaltung, bei der die WAK-Experten den Bürgern Rede und Antwort stehen wollen. Sprecher Schira stellt klar, dass es auf dem



MEHR PLATZ FÜR FÄSSER MIT ATOMSCHROTT braucht die WAK nördlich von Karlsruhe. Seit heute sind die Pläne einsehbar. Foto: dpa

Gelände trotz der Lagererweiterung keine zusätzliche radioaktive Belastung von außerhalb geben werde. Es gehe lediglich darum, Platz für den beim Abriss der alten Versuchsreaktoren anfallenden Strahlenschrott zu schaffen. „Es kommt nichts Neues aufs Gelände“, versichert Schira und verweist auf die Ver-

zögerungen des geplanten Endlagers auf Bundesebene, das nach aktuellem Stand wohl erst im Jahr 2023 in Betrieb gehen wird. Bis dahin würde das existierende Karlsruher Lager aber aus allen Nähten platzen. Schon jetzt gibt es in beiden Gebäuden kaum noch Platz für die gelben Fässer mit gepressten Metallteilen

oder verpresster Asche. Das Darmstädter Öko-Institut hält eine aufwendige Umweltverträglichkeitsprüfung für das Vorhaben nicht für notwendig, wie es in einer Stellungnahme für das Stuttgarter Umweltministerium heißt. „Wir sind der Auffassung, dass eine formelle Öffentlichkeitsbeteiligung einer freiwilligen vorzuziehen wäre“, sagt dagegen der BUND-Regionalgeschäftsführer Hartmut Weinrebe gegenüber den BNN. Die Informationspolitik der WAK sei jedoch deutlich positiver als noch vor Jahren, räumt er ein, „wir sehen hier einen Schritt in die richtige Richtung“. Ob die Umweltschützer gegen die Lagererweiterung klagen, sei abhängig von einer Detailprüfung der Unterlagen. „Uns geht es darum, ob der Schutz von Umwelt und Mensch gewährleistet ist“, erklärt Weinrebe und verweist darauf, dass vor der Zwischenlagerung Atom-müll auch verbrannt werde. Dazu müssten beispielsweise die modernsten Filter eingesetzt werden. Zudem fordert der BUND, auch die Bevölkerung von Karlsruhe und Stutensee einzubeziehen, also den Radius der Anliegergemeinden zu vergrößern. Die WAK hatte erste Details des Vorhabens bereits im Frühjahr in den Gemeinderäten vorgestellt. Damals war noch von 50 Millionen Euro Baukosten die Rede. Für beide Projekte ist auf jeden Fall auch ein atomrechtliches Verfahren notwendig. Nach derzeitiger Planung sollen die Bauvorhaben im Jahr 2019 abgeschlossen werden.